

# 1 **Leitantrag**

## 2 Soziale Lebensqualität für alle – Die Stadt gemeinsam mit allen und für alle gestalten

3 I.

4 Bei der Kommunalwahlen 2014 konnte die Partei verlorenes Vertrauen zurückgewinnen. Dies  
5 war Folge richtig erkannter Schwerpunkte im kommunalpolitischen Geschehen und Ausdruck  
6 einer ausgewogenen Bündnispolitik. Die Überwindung innerparteilicher  
7 Auseinandersetzungen in Grundsatzfragen beendete eine aufreibende Selbstbeschäftigung.

8 Die Partei hat schrittweise gesellschaftlichen Einfluss zurück gewonnen. Entscheidend waren  
9 dabei das Bürger\*innenbegehren zum Erhalt der städtischen Krankenhäuser als Eigenbetriebe  
10 und der daraus folgende erfolgreiche Bürger\*innenentscheid im Januar 2012. Dabei konnte  
11 DIE LINKE, unterstützt (nur) von SPD und Gewerkschaften in einer einzelnen, aber wichtigen  
12 kommunalpolitischen Frage die gesellschaftliche Hegemonie gewinnen.

13 Eine vergleichbare gesellschaftliche Resonanz hat das 2013 angeschobene  
14 Bürger\*innenbegehren zur Schaffung einer neuen kommunalen Wohnungsgesellschaft.  
15 Dieses Bürger\*innenbegehren wurde zwar nicht zum Abschluss geführt, es hat aber mit  
16 Sicherheit zu dem Kommunalwahlergebnis von 2014 beigetragen, mit dem wiederum eine  
17 Stadtratsmehrheit links von der CDU erreicht werden konnte. Anders als 1994 und 2004  
18 wurde diese Mehrheit erstmals auch in eine politische Kooperation und damit in linke Politik  
19 umgesetzt. Seit der erfolgreichen Stadtratswahl wurde in der nicht immer einfachen  
20 Kooperation aus Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Piraten und DIE LINKE im Stadtrat einiges in  
21 Bewegung gesetzt:

22 - Ein 16-Punkte-Plan für das erste Jahr ist im Stadtrat abgearbeitet.

23 - Die Ortschaftsverfassung ist in der Hauptsatzung verankert.

24 - Ein gemeinsamer Doppelhaushalt 2015/16 wurde beschlossen.

25 - Das Sozialticket wurde mit der Tarifumstellung am 1.11.2015 eingeführt. Dresden-Pass-  
26 Inhaber\*innen bekommen seit dem eine Abo-Monatskarte für die Stadt Dresden zum halben  
27 Preis.

28 - Der Grundsatzbeschluss zur Bildung einer neuen Wohnungsgesellschaft ist gefasst, die  
29 Anschubfinanzierung im Haushalt eingestellt. Die eigentliche Gründung wird im ersten  
30 Halbjahr 2016 stattfinden.

31 Ehe sich die Wohnsituation in Dresden dadurch deutlich verbessert, werden mehrere  
32 Wahlperioden vergehen. Dennoch ist es ein Schlüsselprojekt dieser Wahlperiode – weil die  
33 Stadt wächst, weil der Zuwachs durch die Migrant\*innen noch stärker zunehmen wird und  
34 weil eben deshalb noch mehr günstiger Wohnraum gebraucht wird. Schuld an steigenden  
35 Mieten in Dresden haben aber nicht Menschen, die in diese Stadt ziehen, sondern die  
36 Weigerung der alten schwarz-gelben Stadtratsmehrheit, sowie der Staatsregierung, sozialen  
37 Wohnungsbau zu fördern und der Verkauf der WoBa.

38 Zwischen den Erwartungen vieler Menschen an die Stadtratskooperation und dem was wir  
39 bisher geleistet haben, gibt es erhebliche Unterschiede. Mitunter ist es nur die lange Zeit

40 zwischen der Beschlussfassung im Stadtrat und der im Alltag spürbaren Verbesserung für die  
41 Bürger\*innen. An manchen Stellen waren die Erwartungen von vornherein höher, als dass die  
42 neue Stadtratsmehrheit dem gerecht hätte werden können. Bisweilen liegt es daran, dass wir  
43 Dinge, die wir (noch) nicht geleistet haben noch leisten müssen.

44 Konstatieren müssen wir aber auch, dass wir uns heute in einer gegenüber dem Sommer  
45 2014 veränderten Situation befinden:

46 1. Dresden ist seit einem Jahr Zentrum einer in Deutschland neuartigen, relativ dynamischen  
47 rechtspopulistischen und rassistischen Bewegung, die das politische Klima in der Stadt  
48 nachhaltig verändert hat.

49 2. Die Stadtratskooperation hat im Zuge dieses Rechtsrucks die  
50 Oberbürgermeister\*innenwahl verloren. 35.000 Stimmen haben LINKE, Grüne, SPD und  
51 Piraten gemeinsam gegenüber der Stadtratswahl verloren, fast ein Drittel also. Auch viele von  
52 denen, die sich im vergangenen Jahr für SPD, Grüne, Piraten oder LINKE entschieden hatten,  
53 waren der Meinung, das Dirk Hilbert der bessere OB ist.

54 3. Auch für Dresden gibt es angesichts Tausender Flüchtlinge in der Stadt neue  
55 Herausforderungen und neue Prioritäten auf der politischen Agenda. Teilweise sehen wir uns  
56 mit einem gesellschaftlichen Meinungsbild konfrontiert, dem wir aus einer  
57 Minderheitenposition gegenüber stehen. Wir stehen im Verbund mit fortschrittlichen Kräften  
58 vor der Frage, wie wir Meinungsbilder prägen und – aus der jetzigen Perspektive – drehen  
59 können. Eine gesellschaftliche Mehrheit, die in der politischen Kultur für grundlegende  
60 demokratische, soziale und Minderheitenrechte sichtbar wird, muss erkämpft werden. Zur  
61 Zeit erleben wir das soziale, kulturelle und politische Auseinanderdriften der Dresdner  
62 Bevölkerung.

63 Als gestaltende Kraft im Stadtrat und als eine Adresse gesellschaftlichen Protestes sind wir in  
64 der Verantwortung, den Dresdner\*innen eine Vision für die Stadt anzubieten. Weil wir uns  
65 nicht mit dem Reichtum in einzelnen Stadtteilen begnügen, sondern gleichberechtigte  
66 Teilhabe in allen Teilen der Stadt als gesamtgesellschaftlich unerlässlich beschreiben, weil  
67 wir Weltoffenheit, den Schutz von Minderheitenrechten und die Demokratisierung  
68 öffentlicher Entscheidungsprozesse als Beitrag gegen die Entfremdung zwischen  
69 Bürger\*innen auf der einen Seite und politischen Entscheidungsträger\*innen sehen.

70 DIE LINKE stellt jetzt die Beigeordneten für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Wohnen sowie  
71 für Kultur und Tourismus. Das ist für Dr. Kristin Kaufmann und Annekatriin Klepsch, aber auch  
72 für uns alle eine große Chance und Herausforderung. Wir haben große Erwartungen an sie,  
73 wissen aber auch, dass sie in ihrem Handeln natürlich in das Verwaltungshandeln unter der  
74 Gesamtverantwortung des Oberbürgermeisters eingebunden sind.

75 Umso größer wird die Verantwortung der Stadtratsfraktion, die einerseits die Beiden stützen  
76 muss, zum anderen aber auch die Umsetzung des Wahlprogramms im Rahmen der rot-rot-  
77 grün-orangen Kooperation vorantreiben soll, wenn das Verwaltungshandeln zu langsam ist.  
78 Gerade wegen der Einbindung in die Verwaltungsspitze einerseits und in die rot-rot-grün-  
79 orange Kooperation andererseits, brauchen wir auch eine starke Stimme in Dresden, die die  
80 originären Positionen der LINKEN authentisch und ohne große Rücksichtnahme auf andere

81 vorträgt, damit wir als Partei erkennbar sind. Und diese Rolle kann letztlich nur die Partei  
82 selbst, unter der Führung des neu zu wählenden Stadtvorstandes, einnehmen.

83 In der neuen politischen Situation ist die Fortsetzung der rot-rot-grün-orangen Kooperation  
84 notwendiger denn je, aber nicht einfacher. Dabei kommt es zunächst darauf an, als  
85 Kooperationspartnerin gemeinsam das politische Klima in der Stadt wieder zum Besseren zu  
86 wenden und nachhaltige Verbesserungen für alle in Dresden lebenden Menschen zu  
87 erreichen. Dabei muss DIE LINKE eigenständig erkennbar und zuverlässige  
88 Interessenvertreterin ihrer eigenen Wähler\*innen sein. Denn 2019 steht nicht die  
89 Stadtratskooperation auf dem Stimmzettel, sondern DIE LINKE! Erfolge, durch  
90 Zusammenarbeit mit anderen Fraktionen, Organisationen und ggf. Institutionen sind in  
91 unseren Wahlschriften in geeigneter Form zu würdigen.

92 Diese Feststellungen gelten nicht nur für die Arbeit im Stadtrat, sondern selbstverständlich  
93 auch für die Arbeit in den Ortsbeiräten und Ortsverbänden, in denen bürger\*innennah  
94 eigenständige Beiträge zum Erfolg der rot-rot-grün-orangenen Kooperation erbracht und die  
95 originären Positionen der LINKEN deutlich gemacht werden müssen.

96 Unsere nächste Aufgabe ist es, uns bei den Stadtrats- und den erstmals stadtweiten  
97 Ortschaftsratswahlen im Sommer 2019 zu behaupten mit der Zielstellung, die rot-rot-grün-  
98 orangene Kooperation in der Stadt und den Stadtteilen fortzusetzen.

99 Eine wichtige Zwischenetappe wird die Bundestagswahl 2017 sein. Hier wird es vor allen  
100 anderen die Aufgabe der LINKEN sein, durch deutliche Artikulation gesellschaftskritischer  
101 Positionen von links dem Rechtspopulismus in Dresden weitgehend den Boden zu entziehen.

102 II.

103 Sozial sein, die Stadt gerechter gestalten, ökologisch nachhaltig planen, Lebensqualität für  
104 alle erstreben, das ist gerade in der gegenwärtigen Situation eine große Herausforderung.  
105 Deshalb ist für uns Mitbestimmung durch Bürger\*innenbeteiligung keine Phrase, sondern  
106 zentraler Bestandteil unserer Politik. Aber gerade auf diesem Gebiet sehen wir viele Defizite  
107 und viele neue Fragen. Die meisten Menschen fühlen sich heute nicht oder nur ungenügend  
108 in wesentliche Entscheidungen der Stadt einbezogen. Bürger\*innenbeteiligung ist im  
109 Allgemeinen auf Wahlen, einige wenige Grundsatzentscheidungen (Bürger\*innenentscheide)  
110 und kleine Nischen (Bürger\*innenbeteiligungsverfahren) beschränkt. Das zu überwinden, ist  
111 eine schwierige Aufgabe. Die neue Ortschaftsverfassung für das gesamte Stadtgebiet ab  
112 2019 ist dabei eine Chance, sie muss jetzt wirksam ausgestaltet werden. Es gilt zum einem,  
113 Dresden zu einer Kommune zu entwickeln, in der Mitbestimmung der normale Alltag ist.  
114 Andererseits ersetzt die unmittelbare Bürger\*innenbeteiligung nicht die inhaltliche und  
115 wertgebundene politische Auseinandersetzung, im Gegenteil. Wir lassen uns auch dabei von  
116 unseren Werten Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität leiten.

117 Jede Zeit hat ihre eigenen Aufgaben, aber unabhängig davon haben Wertvorstellungen und  
118 Themen dauerhaft Bestand, die unsere politische Arbeit hier prägen. So gilt es, nicht  
119 zuzulassen, dass die Bedürfnisse der Dresdner\*innen einerseits und derjenigen, die in  
120 Dresden Zuflucht suchen, andererseits, gegeneinander ausgespielt werden. Denn unsere  
121 wichtigsten sozialen Projekte – Wohnungsbau, gute Schulen und Kitas und leistungsfähige  
122 kommunale Krankenhäuser – nützen allen gemeinsam.

123 Gleichzeitig wird die Integration Geflüchteter in das gesellschaftliche Leben unserer Stadt  
124 bedeutsamen Anteil an unserem Tun haben: Fremdenfeindlichkeit und Rassismus begegnen  
125 wir mit engagiertem Eintreten für Humanismus und Menschlichkeit, sowie mit der Förderung  
126 von Prävention durch Bildung und Aufklärung. Die angekommenen Menschen brauchen  
127 Bedingungen, damit ihre Grundbedürfnisse erfüllt werden, damit sie sich über  
128 Kinderbetreuung, Schul- und Berufsbildung sowie gesellschaftlicher Teilhabe integrieren  
129 können.

130 Wir verstehen dies auch als Chance, uns internationaler auszurichten: Interkulturelle  
131 Begegnungen, Mehrsprachigkeit in Kinderbetreuungseinrichtungen und öffentlichen  
132 Einrichtungen sind da erste Ansätze.

133 Unsere sozial-ökologischen Leitlinien geben uns eine wesentliche Richtung. Dies gilt für alle,  
134 unabhängig von ihrer Herkunft, ihres Alters, der Religion, des Geschlechtes und der  
135 Geschlechtsidentität.

136 Im Mittelpunkt steht das Bewusstsein als urbane Solidargemeinschaft. Zuhören und Kümmern  
137 um die aktuellen Probleme der Menschen ist das Wesen der Partei und ihrer Mitglieder. DIE  
138 LINKE ist die Partei von Menschen aus allen sozialen Schichten, für die Solidarität und  
139 Gerechtigkeit zentrale Werte sind. Wir werden selbst aktiv sein und Mut zum Mitmachen  
140 vermitteln.

141 Wir wollen unsere Politik für die Stadt daher an zwei Hauptzielen ausrichten:

142 1. Es geht uns um die soziale Lebensqualität für alle Menschen, besonders auch für die, die  
143 keine Lobby außer uns haben.

144 2. Es geht uns darum, dass die Bürger\*innen die Geschicke ihrer Stadt und ihres Stadtteils  
145 stärker in die eigenen Hände nehmen und nicht durch Verwaltung, Politik oder einzelne  
146 Interessengruppen bevormundet und fremdgesteuert werden.

147 Der Stadtvorstand, die Ortsvorstände und die Fraktion der Partei DIE LINKE im Stadtrat  
148 organisieren selbständig oder gemeinsam mit anderen Kräften zu wichtigen Problemen der  
149 Stadtentwicklung und zur Gestaltung in den Ortsamtsbereichen und Wohngebieten  
150 öffentliche Versammlungen, Treffs, Ortsbegehungen usw. Dazu sind die Verantwortlichen der  
151 Verwaltung sowie Expert\*innen und Sachverständige hinzuzuziehen.

152 Wir wollen eine Stadt, in der die Wirtschaft blüht, aber dem Menschen dient, in der Arbeit (ob  
153 bezahlt oder nicht) Werte schafft, aber in der auch die Existenz für alle menschenwürdig  
154 abgesichert ist, in der sich der Einzelne entfalten kann; in einer solchen Gemeinschaft sind  
155 Freizeit, Kultur, Sport und Erholung besonders wichtig. Die Stadtstruktur darf nicht durch  
156 kommerzielle oder andere Interessen ge- oder zerstört werden.

157 III.

158 Überzeugte und überzeugende Mitglieder, stetiger Zufluss an neuen Mitgliedern, politische  
159 Aktivität und Lebendigkeit sowie andauernde Fortbildung bilden den Kern der  
160 Parteiorganisation. Verbindendes Element ist dabei die linke Analyse wirtschaftlicher und  
161 sozialer Zusammenhänge. Gegen systemische Ungerechtigkeit setzt DIE LINKE die Idee des  
162 Sozialismus, die Verkörperung einer Solidargemeinschaft und die Solidarität als Weg, also die

163 gegenseitige Hilfe bei politischen Kämpfen um Gerechtigkeit und Teilhabe. Als soziale Partei  
164 haben wir den Anspruch des sozialen Umgangs untereinander. Dafür ist es notwendig, uns  
165 selbst immer zu hinterfragen.

166 Solidarität hat verschiedene Aspekte: Solidarität in der Diskussion, Solidarität in der  
167 Organisation und Solidarität gegenüber anderen.

168 Wichtig ist die solidarische Diskussion untereinander, zwischen allen Parteimitgliedern und  
169 allen innerparteilichen Gruppierungen. Wenn unterschiedliche Menschen aufeinander treffen  
170 wird es immer unterschiedliche Meinungen geben. Wir sind aber alle mit Idealen einer  
171 besseren Welt in dieser Partei. Diese Ideale einen uns! Wenn wir auch über die Wege und  
172 Ausgestaltung streiten, so dürfen darüber nie unsere gemeinsamen Ziele vergessen werden.  
173 Lasst uns die offene Diskussion untereinander suchen und streiten wir um die besten  
174 Konzepte! Aber lasst uns nie dem anderen die Ideale absprechen!

175 Attraktivität ist das Stichwort für diesen Anspruch. DIE LINKE. Dresden wird sich attraktiver  
176 für werdende Mitglieder und vor allem den Neumitgliedern zugewandt ausrichten, aber auch  
177 den potentiellen Mitgliedern und unseren Wähler\*innen gegenüber. Alternative und kreative  
178 Milieus oder Menschen, denen die sozial-ökologische Wende am Herzen liegt, müssen ebenso  
179 ernst genommen werden, wie Menschenrechtsaktivist\*innen des digitalen Zeitalters. Dabei  
180 dürfen klassische Stammwähler\*innenschichten der LINKEN aber auf keinen Fall  
181 vernachlässigt werden. Der Gewinnung und Einbindung von Neumitgliedern wird verstärkte  
182 Aufmerksamkeit geschenkt. Viele sind in die Partei eingetreten, um sich zu engagieren, finden  
183 aber noch keinen Zugang zu unseren Strukturen. Sie sollen ihr Potential in die Partei  
184 einbringen und in der Partei wirken können; und vor allem sollen sie auf Menschen treffen,  
185 die ihre Ideale teilen.

186 Ein Schlüsselthema der nächsten Jahre wird die Flüchtlingsfrage sein. Eine gezielte Ansprache  
187 von Mitgliedern mit Migrationshintergrund und deren Einbindung ist nötig. Dafür werden wir  
188 den Kommunikationsstil der Partei verändern. Eine weitere Maßnahme ist die Unterstützung  
189 von Selbstorganisation von Geflüchteten. Aufklärung, Bildung und Diskussion über politische  
190 Bewegungen in der Welt sind in Veranstaltungen zu organisieren.

191 DIE LINKE. Dresden lebt auch dank vieler älterer Genoss\*innen. Die Altersstruktur sollte nicht  
192 Anlass zur Sorge bieten, sondern im Gegenteil als Schatz betrachtet werden. Die  
193 Nachkriegsgeneration sollte der übernächsten Generation ihre Erfahrungen und Lehren im  
194 Austausch mitteilen. Weiterhin ist die Jugend die Ideenwerkstatt der Partei. Denn vor allem  
195 durch sie werden verfestigte Strukturen und Meinungen immer wieder in Frage gestellt.  
196 Außerdem sind junge Menschen die Zukunft der Partei. Nur mit einer adäquaten Anzahl von  
197 ihnen kann unsere Partei langfristig überleben.

198 Durch die Veränderung der Mitgliedschaft sind neue Wege der politischen Teilhabe für  
199 Mitglieder nötig geworden. Zuständigkeiten im Vorstand, regelmäßige Basiskonferenzen  
200 zwischen den Parteitagen, ein Mentoringprogramm, aber auch eine ansprechende  
201 Kommunikation sind einige Vorschläge, die anzugehen wären.

202 Die Kommunikationskultur der Partei sollte sich den Gegebenheiten anpassen. Schließlich  
203 wollen wir aber auch offen sein für Menschen, die sich in anderen Organisationen,  
204 Bündnissen und auch Parteien zusammengeschlossen haben, um auf anderen Wegen, aber

205 doch zu gemeinsamen Zielen auf dem Weg sind. Vernetzen wir uns mit der linken  
206 Stadtgesellschaft, gehen wir ihr politisch voran. Nur so bleiben wir als politische Kraft trotz  
207 altersstrukturbedingt rückläufiger Mitgliederzahlen handlungsfähig. Andere Parteien  
208 beneiden uns um unsere Tatkraft im Wahlkampf, den wir aus eigener Kraft, nur durch unsere  
209 Mitglieder gestemmt haben und der uns zum Erfolg bei der Stadtratswahl geführt hat. Um  
210 dies in Zukunft weiterhin leisten zu können brauchen wir alle. Begeistern wir also uns und  
211 andere: Solidarisch in der Diskussion, innerparteilich und nach außen, doch niemals  
212 schwankend in unseren Idealen.